

SPD-Kreisverband Zollernalb, Postfach 10 09 16, 72309 Balingen

Willy-Brandt-Haus  
SPD-Parteivorstand  
Herrn Sigmar Gabriel  
Wilhelmstr. 141  
10911 BerlinAlexander Maute  
*Kreisvorsitzender*An der Burgenwand 5,  
72336 BalingenTelefon: 07433 - 967218  
Email: alexandermaute@gmx.de  
<https://www.alexander-maute.de>

Balingen, 12.07.2016

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,  
sehr geehrter Herr Parteivorsitzender,  
lieber Sigmar Gabriel,

wir begrüßen die verstärkte Hinwendung von Dir und der Parteispitze auf Bundesebene zu Themen der sozialen Gerechtigkeit. Diesem Impuls folgend, haben wir auf Kreisverbandsebene eine Projektgruppe zum Thema "Soziale Gerechtigkeit" installiert – öffentlichkeitswirksam und offen auch für Nichtmitglieder.

Wir möchten Dich und die Parteispitze bitten, die Schaffung von Wohneigentum für die unteren Einkommensgruppen als ein zentrales Anliegen der SPD aufzunehmen. Unser Anliegen: Eigentum statt Miete!

Wie begründen wir diese Forderung:

1. Wohneigentum ist der beste Mieterschutz und mindert die Gefahr der Altersarmut.
2. Die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland hat eine Ursache in der niedrigen Eigentumsquote. Gegenüber Spanien 79, Schweden 69, Frankreich 65 liegt sie bei uns nur bei 45,4% aller Haushalte; in der unteren Einkommensgruppe nur bei 17,4%

Daraus ableitend empfehlen wir folgende politische Weichenstellungen:

1. Umstellung der Wohnbauförderung von steuerlichen Vorteilen auf direkte Zuschüsse. Dies gab es schon einmal unter Wohnungsbauminister Töpfer 1994-98 und wurde von der SPD unterstützt. Die vorgesehene Regelung für Sozialwohnungsbau bedeutet eine durchschnittliche Steuervergünstigung von 43 000 EUR (nach Berechnungen der Süddeutschen Zeitung), die Investoren zugutekommt und deshalb zu Recht von unserer Parteispitze gestoppt wurde.

2. Regelungen, um das Haupthindernis (nach einer Untersuchung des IW) zu beseitigen: Viele, vor allem junge Mieter, können neben der Miete das notwendige Eigenkapital (20% = 50 000 bis 100 000 EUR) nicht ansparen. Möglich wären staatliche Kredite als Nachrangdarlehen oder Bürgschaften durch die Kommune.

3. Der Verkauf von städtischen Wohnungen an Privatinvestoren statt an die Nutzer war der falsche Weg. Viele Wohnbau-Genossenschaften sind aufgelöst (Neue Heimat!). Wir brauchen eine Neubelebung des kommunalen Genossenschaftswesens auch zur Absicherung der Risiken, die beim Erwerb von Wohneigentum bestehen (Arbeitslosigkeit etc.)

Wir hoffen, dass unser Anliegen Gehör und eine Antwort findet. Wir wünschen Dir und unserer Partei gute Erfolge,

mit solidarischen Grüßen,

Alexander Maute

*Unterzeichnet von den Mitgliedern des Kreisvorstands und der Projektgruppe "Soziale Gerechtigkeit": Alexander Maute, Gemeinderat (GR); Bernd Majer, Manuel Schmoll (GR), Renate Straub, Nils Horst, Sabine Knopp, Andreas Raschke, Günter Wohlschieß, Gisela Birr (GR und Kreisrätin), Monika Fellmeth-Winz, Klaus Fütterer, Michael Gengenbach, Angela Godawa (GR und KR), Maria Groß, Karla Himmer, Martina Jenter-Zimmermann (GEW Vors.), Frieder Klein (GR und KR), Eckard Schäufole, Norbert Schicht, Ulrich Teufel (GR), Wolfgang Ziemer (GR und KR), Helga Zimmermann-Fütterer (KR)*